Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 2.—, Halbjährig Mk. 4.—, Ganzj. Mk. 8.—. Einzelnummer 20 Pf. — Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung d. „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4.



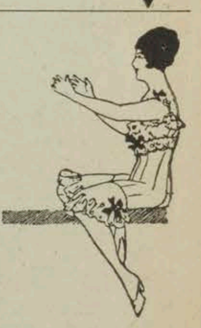
Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 60 Pf. — Bei Wiederhol. Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüd. Echo", München, Herzog Maxstr. 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Mit der Beilage: „Mitteilungen des Daniel-Bundes"

Nummer 49 — 5. Dezember 1919 — 6. Jahrgang

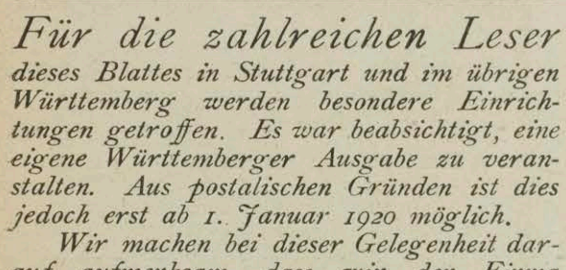
1919	Wochenkalender		5680
	Dezember	Kislew	Bemerkung
Sonntag	7	15	
Montag	8	16	
Dienstag	9	17	
Mittwoch	10	18	
Donnerstag	11	19	
Freitag	12	20	
Samstag	13	21	





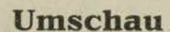
Das Jüdische Echo

Nummer 49 **5. Dezember 1919** **6. Jahrgang**



Für die zahlreichen Leser dieses Blattes in Stuttgart und im übrigen Württemberg werden besondere Einrichtungen getroffen. Es war beabsichtigt, eine eigene Württemberger Ausgabe zu veranstalten. Aus postalischen Gründen ist dies jedoch erst ab 1. Januar 1920 möglich.

Wir machen bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, dass wir der Firma HEIM & STROBEL, STUTTGART, Olgastrasse 66, Telefon 12262 die alleinige Anzeigenannahme für Württemberg übertragen haben. Wir bitten Interessenten, sich mit genannter Firma in Verbindung zu setzen



Umschau

Der Hamburger Studentenausschuß hat am schwarzen Brett folgende Anträge angeschlagen:

1. Wahlberechtigt zu studentischen Vertretungen und wählbar ist jeder Student . . . . ohne Ansehen der Volkszugehörigkeit.
2. Nationale Minderheiten an der Universität Hamburg dürfen jedoch nur entsprechend ihrer Kopfzahl Vertreter aufstellen. Angehörige eines fremden Volkes, die im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit sind, gelten nur dann als nationale Minderheiten, wenn sie nicht den Willen zum Deutschtum, sondern den Willen zu ihrem Stammvolk haben. Nationaljüdisch ausgerichtete Juden, d. h. Juden, für die ein völkisches Zusammenhalten der Juden besteht oder erstrebenswert ist, haben die Rechte nationaler Minderheiten.

Die Feststellung der Volkszugehörigkeit der jüdischen Studenten soll dadurch erfolgen, daß jeder jüdische Student auf akademisches Ehrenwort dem Wahlleiter erklärt, ob er sich zum jüdischen oder zum deutschen Volk bekennt.

Die Arbeitsgemeinschaft jüdischer Studenten hat daraufhin die folgende Erklärung abgegeben:

> „Die jüdischen Studenten aller innerjüdischen Parteirichtungen lehnen den Versuch des Studentenausschusses, die jüdischen Studenten in eine Ausnahmestellung zu drängen, auf das Entschiedenste ab. Sie werden Absatz 2 des Referenten geschlossen mit „Nein" beantworten."

Trotzdem sind die Anträge angenommen worden.

Das Hamburger Israelitische Familienblatt, dem wir diese Nachricht entnehmen, schließt sich dem Protest der jüdischen Arbeitsgemeinschaft an. Es sieht in den Anträgen des Studentenausschusses einen unzulässigen Versuch, sich in die innere Überzeugung der jüdischen Studenten einzumischen. Es sei eine Ungerechtigkeit, daß man von den jüdischen Studenten eine Erklärung über ihre Volkszugehörigkeit fordere, während man nicht daran denke, von einem protestantischen oder katholischen Studenten eine derartige Erklärung zu verlangen.

Auch wir stimmen dem Protest gegen den Beschluß der Hamburger Studentenschaft zu, müssen aber feststellen, daß das Hamburger Israelitische Familienblatt in seiner Begründung am Kern der Frage vorbeigeht. Der Vergleich der Juden mit den Protestanten und Katholiken ist nicht statthaft. Denn einerlei, ob man selbst den nationalen Charakter des Judentums anerkennt oder nicht, jedenfalls muß man zugestehen, daß es Juden gibt, die sich als Angehörige des jüdischen Volkes fühlen, während deutsche Katholiken und Protestanten sich nur zum deutschen Volkstum bekennen. Die Frage nach der Volkszugehörigkeit braucht auch keineswegs unter allen Umständen eine unberechtigte Einmischung in die Privatsphäre des Einzelnen darzustellen, denn wir Juden selbst — und zwar auch nichtzionistische Parteien — haben für die Länder jüdischer Massensiedlung die nationale Autonomie verlangt, die das nationale Kataster, also die Aufgabe einer öffentlichen Erklärung über die nationale Zugehörigkeit voraussetzt. Wenn wir uns trotzdem gegen die Behandlung der jüdischnationalen Studenten als fremdnationale Minderheit entschieden wenden. so geschieht das aus folgendem Grunde: Eine Errungenschaft der modernen historischen Entwicklung ist der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes nationaler Minderheiten. Ihm entspringt der Anspruch der unter einer Mehrheit vertretenen Minderheitsnationen auf Autonomie, d. h. staatliche Anerkennung ihrer nationalen Selbständigkeit und Selbstverwaltung in nationalkulturellen Angelegenheiten. Der Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung bedeutet die Sicherung der Minderheit gegen Unterdrückung durch die Mehrheit: an die Stelle des Satzes: cuius regio eius natio tritt in ihm das Prinzip, daß auch die nationale Minderheit das Recht zur Entfaltung der nationalen Eigenart habe. Der Sinn der nationalen Autonomie ist also Schutz der schwächeren Minderheit, nicht der stärkeren Mehrheit. Daher besteht wohl ein R e c h t der Minderheit auf nationale Autonomie, aber keine P f l i c h t, sie in Anspruch zu nehmen. Sie muß den Juden da gewährt werden, wo sie von ihnen verlangt wird, d. h. in den Ländern der jüdischen Massensiedlung wie Rußland, Polen, Österreich usw. Dagegen kann sie nicht dem deutschen Judentum aufgedrängt werden, das sie aus äußeren und inneren Gründen nicht verlangt. Aus äußeren Gründen — wegen der geringen Zahl — aus inneren — weil sich der Nationalisierungsprozeß nur in dem kleineren Teil des deutschen Judentums vollzogen hat. Die nationale Autonomie würde den Nationaljuden in Deutschland bei ihrer geringen Zahl

nur Scheinrechte verleihen, in Wirklichkeit aber sie zur Einflußlosigkeit verdammen, sie würde auch nicht zur Entfaltung einer jüdischen Kultur in Deutschland führen, weil aus dem deutschen Judentum in seiner heutigen Verfassung keine selbständige jüdische Kultur erwachsen kann. Aus diesem Grunde müssen die Nationaljuden in Deutschland den Versuch, ihnen nationale Autonomie aufzunötigen und damit in das deutsche Judentum, das an seiner Einheit festhält, eine Spaltung hineinzutragen, als eine Vergewaltigung betrachten. Wenn das deutsche Judentum die nationale Autonomie brauchen sollte, wird es sie schon verlangen. Wie sie ihm aber heute von der gewiß nicht zur eigenmächtigen Lösung der deutschen Judenfrage berufenen Hamburger Studentenschaft dargeboten wird, weist es sie mit aller Entschiedenheit als verhängnisvolle Gabe zurück. Timeo Danaos et dona ferentes!

Die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens aber werden sich zuraunen: „Dahin bringt uns der Zionismus. Den Antisemiten liefert er die schärfsten Waffen im Kampfe gegen unsere Gleichberechtigung. Der Beschluß der Hamburger Studenten ist nur eine Folgerung aus den zionistischen Lehren." Den klar Denkenden kann solches Reden nicht beirren. Wir haben bereits dargetan, daß die Theorie vom Nationaljudentum der Mehrheitsnation nicht die Befugnis gibt, uns in eine rechtliche Sonderstellung hineinzuzwingen. Nur aus der bewußten oder unbewußten Verkennung und Überspannung der nationaljüdischen Idee kann man eine derartige Befugnis herleiten. Mißverstandene und übertriebene Ideen aber, aus denen dem Antisemitismus scharfe Waffen erstehen, liefert nicht nur die geistige Rüstkammer des Nationaljudentums. Noch viel gefährlicher wird — auf die Spitze getrieben — für das Judentum die gegenteilige Idee, daß das Judentum lediglich eine religiöse Angelegenheit sei, die auf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte keinen Einfluß haben dürfe. Ich brauche nur die beiden Namen Cohn und Sinzheimer zu nennen. Die beiden Abgeordneten, auf welche der durchschnittliche deutsche Jude so schlecht zu sprechen ist, haben doch in Wirklichkeit nur die Konsequenzen aus dem Gedanken des deutschen Staatsbürgertums jüdischen Glaubens gezogen. Warum sollte sie der Unterschied in der Konfession verhindern, über Hindenburg und Ludendorff zu Gericht zu sitzen? Auf diese Frage kann der Zentralvereins-Jude keine befriedigende Antwort finden. Der Nationaljude aber weiß, daß den deutschen Juden vom Nichtjuden nicht nur die Religion, sondern auch die nationale Eigenart trennt, daß die nationale Verschiedenheit dem Juden die Notwendigkeit auferlegt, von seiner Gleichberechtigung im deutschen Volke nur mit Takt Gebrauch zu machen, daß die nationale Verschiedenheit dem Juden verbieten muß, die ersten zu sein, welche die einstigen Heroen des nationalen Deutschtums in den Staub stürzen. Nicht durch gesetzliche Beschränkung, nur durch taktvolle Selbstbeschränkung auf Seiten der Juden und Achtung vor fremder Eigenart auf Seiten der Nichtjuden läßt sich ein reibungsloser Zusammenschluß ermöglichen.

Denn unsere Eigenart wollen wir ungestört pflegen, auch wenn wir in Deutschland keine nationale Autonomie in Anspruch nehmen und keine selbständige Kultur hier entwickeln können. Wir wollen diese Eigenart dadurch bewahren, daß wir an der Renaissance des jüdischen Gesamtvolkes lebendigen Anteil nehmen, daß wir die geistigen Werte, die in den jüdischen Zentren geschaffen werden, uns zu eigen machen und sie durch jüdische Schulen unseren Kindern vermitteln — wir wollen vor allen Dingen an dem großartigen Werke der Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina, soweit es in unserer Kraft steht, mitarbeiten.

Die Errichtung jüdischer Schulen im Galuth und der Aufbau Palästinas, das sind heute unsere Hauptaufgaben. Es ist erfreulich, daß auch immer mehr Nichtzionisten dies erkennen. Männer der verschiedensten Richtungen haben sich zu einem jüdischen Schulverein zusammengeschlossen, der sich mit einem warmherzigen Aufruf an die Öffentlichkeit wendet. Wie Bruno Kirschner in der Jüd. Rundschau (24. Jahrg. Nr. 80) mit Recht bemerkt, bürgen die Namen des Arbeitsausschusses, in dem sich u. a. Rabb. Prof. Dr. Baneth, Ch. Krupnik, Prof. Dr. Karl Levin, Rabb. Dr. Liebermann, Heinr. Löwe, Dr. Smoira, Rabb. Dr. Warschauer u. a. befinden, für die Ernsthaftigkeit der Sache. — Für den Aufbau Palästinas sind an den verschiedensten Orten (wir nennen nur München) ebenfalls hervorragende Nichtzionisten in engem Zusammenarbeiten mit Zionisten eingetreten. Es ist zu hoffen, daß diese Beispiele überall Nachahmung finden, wo für den Palästina-Aufbau-Fonds geworben wird. Man sollte das umsomehr annehmen, als es sich deutlich erweist, daß die politischen Erfolge des Zionismus durchaus von Dauer sind. Der Nachfolger Balfours im englischen Ministerium des Auswärtigen, Lord Curzon, hat zum Jahrestag der Balfourschen Deklaration an die englische Judenheit ein Schreiben gerichtet, in dem er nochmals ausdrücklich versichert, daß in der Politik der englischen Regierung bezüglich der Errichtung einer jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina keine Veränderung eingetreten ist. Und — was ganz besonders erfreulich ist, — nach einer Mitteilung der Tageszeitungen hat Herb. Samuel erklärt, daß die schon lange geplante Jüdische Universität in Jerusalem nunmehr zur Wirklichkeit wird. Dr. N.

Wirtschaftliche Wandlungen im Leben der deutschen Juden im 19. Jahrhundert.

Bei der Eröffnungsfeier der Freien jüdischen Volkshochschule in Berlin hielt Herr Hans Goslar, Referent im preussischen Finanzministerium, das folgende interessante Referat, das wir nach dem Bericht des Hamburger Israelitischen Familienblattes im Auszug wiedergeben:

Der Redner entrollte ein sehr ernstes Bild von der wirtschaftlichen Stellung der deutschen Judenheit, die durch eine anscheinend unaufhaltsame Entwicklung immer mehr zu Ungunsten der Juden verschoben wird. Er begann seine Ausführungen mit einem Hinweis auf das von der antisemitischen Presse mit unermüdlicher Beharrlichkeit ausposaunte unsinnige Märchen von der Weltherrschaft des jüdischen Kapitals. Jedes Kapital, sei es jüdisch, deutsch oder englisch, wird nur durch ein einziges Gesetz geleitet: die Suche nach der höchsten Rentabilität, niemals aber nach nationalen oder religiösen Gesichtspunkten. Wie unsinnig diese Behauptung ist, erhellt die Tatsache, daß ein ehemals jüdisches Bankhaus der zaristischen Pogromregierung die finanziellen Mittel zu weiteren Judenmetzeleien lieferte und daß die jüdischen Großfinanziers unserer Gemeinschaft häufig den Rücken kehren, weil das Judentum mit seiner ganz anderen Struktur ihnen nichts Äußerliches bietet.

Die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens der deutschen Juden nach der Emanzipation ist mit der Entwicklung Deutschlands im 19. Jahrhundert aufs engste verknüpft. Deutschland war damals vorzugsweise ein Agrarstaat mit geringer Industrie und ohne Großstädte. Die Juden saßen überwiegend auf dem flachen Lande und waren als Händler selbständige Existenzen, nicht Angestellte, wie es heute der Fall ist. Sehr häufig war der Privatbankier, der damals kein reines Geldgeschäft betrieb, auch Warenkommissionär für Holz, Zucker, Wolle, Getreide und alle übrigen landwirtschaftlichen Produkte. Die Masse der Kaufleute arbeitete ohne Kapital, aber mit eisernem Fleiß und unbeugsamer Energie. Die Kinder wurden früh dem Erwerb zugeführt und mußten sich mit zäher Arbeit ihre Stellung im Leben schaffen. Aber die Juden waren um die Mitte des 19. Jahrhunderts keineswegs nur Händler, ihre geistige Oberschicht war vielmehr in allerstärkstem Maße an der wirtschaftlichen Stärkung Deutschlands beteiligt, die sie durch Energie und Kapitalskräfte förderten, sodaß man die Umwandlung Deutschlands zum Industriestaat zum Teil als ihr Werk ansprechen darf. Als Illustration für diese Behauptung darf Rothschilds Verdienst um die Entwicklung der deutschen Eisenbahnen angeführt werden, der die erste Bahnlinie finanzierte, dann Strousberg, der Bahnen und Industrien aus der Erde stampfte, von denen zwar viel zusammenbrach, der aber trotzdem als wichtigster Anreger und Förderer der deutschen Industrie dieser Zeit anzusprechen ist. Die Schaffung der ersten Aktienbanken, welche erst die Entwicklung der Industrie ermöglichten, ist ebenfalls ein jüdisches Verdienst. Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß diese von Juden begründeten Aktien-Großbanken die jüdischen Privatbankiers aufsaugten und so zahlreiche jüdische Existenzen vernichteten. Auch in der deutschen Industrie — sowohl in der Schwerindustrie wie in der chemischen und der Textilindustrie — sind Juden bahnbrechend gewesen und haben den Aufschwung Deutschlands vorbereitet.

In der Zeitspanne von der Emanzipation bis zur Reichsgründung bestanden also viele selbständige Existenzen. Heute zeigt die soziale Struktur des deutschen Judentums ein ganz anderes, düstereres Bild. Das ist die Folge teils außerwirtschaftlicher, teils wirtschaftlicher Ursachen. Als außerwirtschaftliche Ursache ist der Antisemitismus zu bezeichnen, der seit 1870 überall systematisch das jüdische Element zurückzudrängen versucht. Die geeignetste Angriffsfläche gab die Entwicklung der Aktiengesellschaften, in denen nichtjüdische Persönlichkeiten die Leitung erhielten. Diese Entwicklung sieht man sowohl an der Börse als an den Großbanken, die nach Möglichkeit nichtjüdische Angestellte herausstellen und Juden wohl noch für besondere Aufgaben gebrauchen, aber auch diese nach Möglichkeit durch Nichtjuden ersetzen. Die wirtschaftliche Ursache des Sinkens des wirtschaftlichen Niveaus der deutschen Juden ist die große

Konzentrationsbewegung oder Vertrustung,

die in allen Industriezweigen als Vereinigung der Rohstoffgewinnung mit der Veredelung und dem Vertrieb der Ware in Erscheinung tritt. Durch diese Entwicklung sind die mittleren und kleineren Betriebe zum Anschluß oder Aufgehen in den Großbetrieben genötigt. Hierdurch sind die deutschen Juden am schwersten betroffen worden. Zahllose Existenzen sind zerstört worden, ebenso wie im Bankgewerbe, wo an Stelle des jüdischen Privatbankiers der christliche Depositenkassenvorsteher trat. Auch in der chemischen und elektrischen Industrie, zu deren Begründern und Führern Juden gehören, bietet sich dasselbe Bild. Von verhängnisvollem Einfluß war auch die genossenschaftliche Organisation der Bauern, die zum katastrophalen Zusammenbruch der Judenheit in der Provinz, besonders im Osten, führte, wo Polen und Deutsche ihre besonderen Genossenschaften schufen, zwischen denen die Juden zerrieben wurden, sodaß von den 70 000 Juden der Provinz Posen mehr als zwei Drittel in die Großstädte abwandern mußten.

Diese beiden Faktoren, der Antisemitismus und die wirtschaftliche Konzentration, haben die Position des deutschen Juden im wirtschaftlichen Leben Deutschlands untergraben. Der Arbeitsmarkt für jüdische Angestellte ist viel enger als der für Nichtjuden, da die chemische Industrie, die Schwerindustrie, die Banken und viele anderen Berufszweige die Juden ausgeschaltet haben.

Das ist ein außerordentlich bedrohliches Symptom. Wir erleben den Prozeß der beginnenden

Proletarisierung der jüdischen Angestelltenmassen

deren Väter noch selbständige Existenzen waren. Dadurch ist der soziale Abstieg des Judentums in Deutschland klar bewiesen. Durch den Krieg sind die Verhältnisse noch schlimmer geworden. Viele jüdische Existenzen sind zerstört, besonders viele selbständige Erwerbstreibende in ihren Berufen zurückgekommen und dadurch gezwungen, als Angestellte ihr Auskommen zu suchen. Hier erwächst eine neue Gefahr.

Die Neuregelung aller Arbeitsverhältnisse hat das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten gebracht. Dieses Recht involviert für die jüdischen Angestellten insofern eine große Gefahr, als bisher die jüdischen Chefs es in der Hand hatten, die außerordentlich ungünstigen Arbeitsmarktverhältnisse der jüdischen Angestellten dadurch etwas auszugleichen, daß sie sie bei gleichen Leistungen in erster Linie berücksichtigt haben, nicht etwa weil sie christliche Bewerber zurücksetzen wollten, sondern weil zahlreiche Aktiengesellschaften und christliche Privatfirmen grundsätzlich keine Juden anstellen.

In Zukunft aber ist der Chef nicht mehr der allein maßgebende Faktor bei Anstellungen und Entlassungen. Es muß befürchtet werden, daß, zumal bei der straffen Organisation des radikal-antisemitischen deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und der immer stärker sich bemerkbar machenden antisemitischen Propaganda auch unter der übrigen Angestelltenschaft

ein planmäßiger Boykott jüdischer Stellungsuchender

angestrebt wird, der ihre Situation verzweifelt gestalten könnte.

Hier erwächst der deutschen Judenheit eine neue Aufgabe. Es ist eine der dringendsten Pflichten der großen jüdischen Organisationen Deutschlands, jetzt endlich den unerläßlich notwendigen Zusammenschluß zu einer wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zu vollziehen, die alle diese Fragen zu studieren und sich mit der Arbeitsmarktkontrolle im Interesse der in ihrer Existenz gefährdeten jüdischen Angestellten zu befassen hat.

Im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Untersuchung kann hier kein umfassendes wirtschaftspolitisches oder innerjüdisches politisches Pro-

gramm gegeben werden. Hier soll lediglich auf die allerwichtigste Gegenwartsarbeit der deutschen Judenheit hingewiesen werden. Wenn irgendwo, dann können gerade auf diesem Gebiete sich alle jüdischen Parteien Deutschlands zusammenfinden, um über alle Parteizerklüftungen hinweg gemeinsam dafür zu arbeiten, daß die deutschen Juden nicht aus ihren mühsam erkämpften wirtschaftlichen Positionen verdrängt und daß ihre Angestelltenmassen nicht proletarisiert werden.

Volkshochschulkurse

In einer Anzahl größerer Städte Deutschlands wurde in der letzten Zeit eine Einrichtung geschaffen, wodurch Jedem Gelegenheit geboten werden soll, Kenntnisse von Juden und Judentum sich zu erwerben. In volkstümlich gehaltenen Vortragsreihen und seminaristischen Übungen sollen die Schätze, des jüdischen Schrifttums und der jüdischen Geschichte verbreitet werden. Auch in München wurde auf Veranlassung und unter Leitung des „Vereins für jüdische Geschichte und Literatur" eine solche Organisation ins Leben gerufen, die sich bereits jetzt reger Teilnahme erfreut.

Man sollte nun meinen, daß derartige Volkshochschulkurse keinen Grund zur Beanstandung geben würden und hieran die Volkskreise aller Schattierungen, Konservative wie Liberale, mit Freuden Anteil nähmen. Leider hat ein Teil der Orthodoxie schon jetzt, bevor sich eine Entwicklung absehen ließe, wiederum einen Sonderstandpunkt eingenommen. In einer Versammlung der Frankfurter Ortsgruppe der „Agudas Isroel" hat der Führer dieser Spezialität in Frankfurt a. M. die Erklärung abgegeben, daß seine Partei hier nicht mitmachen könne. Da am Rednerpult solcher Volkshochschulen Vertreter aller Richtungen der Judenheit zum Worte kämen, sei es nach seiner Ansicht nicht ausgeschlossen, daß ein nicht kritisch geschultes Laien-Publikum nur verwirrt werden müßte. Nach der Meinung dieses Herrn muß eine derartige Arbeit auf dem Tora-Judentum basieren, von ihm aus müßte man an alle Probleme des Denkens und der Geschichte herantreten. Es ist sehr bedauerlich, daß diese Frankfurter Spezialität der Orthodoxie in keiner Weise die Zeichen der Zeit versteht; statt ihre Anhänger aufzufordern, hier mitzuwirken, Redner aus ihrem Lager hinzuschicken, stellen sie sich nicht nur in den Schmollwinkel sondern suchen sogar hier Hindernisse in den Weg zu legen.

Es ist erfreulich, daß in München derartige, destruktive Tendenzen keinen Rückhalt haben, da neben Dozenten anderer Richtungen auch streng Orthodoxe ihre Dienste zur Verfügung stellen. Nur so ist zu hoffen, daß das Resultat solcher Kurse ein allseitig befriedigendes sein möge. J. F.

An die jüdische Lehrerschaft!

Wir werden um Veröffentlichung folgender Nachricht gebeten:

„Die unterzeichneten Verbände haben sich zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft entschlossen, um durch geschlossenes Vorgehen der Forderung auf auskömmliche Besoldung und gerechte Würdigung der Wirksamkeit des Lehrers stärkeren Nachdruck zu verschaffen. Die Selbständigkeit der Verbände wird durch diese Arbeitsgemeinschaft nicht berührt. — Es wird erwartet, daß alle noch abseits stehenden Kollegen unverzüglich den Anschluß an einen Verein suchen werden.

Der Verband der jüdischen Lehrervereine im Deutschen Reiche. Jos. Feiner-Hamburg, Vorsitzender. — Der Bund gesetzestreuer jüdischer Lehrer Deutschlands. Dr. G. Lange-Frankfurt a. M., Vorsitzender. — Israelitischer Lehrerverein für Bayern. A. Mandelbaum-Würzburg, Vorsitzender."

Dieser Hilferuf ist ein klares Beispiel dafür, wie wenig die heutige Gemeindeorganisation der deutschen Judenheit imstande ist, die notwendigsten und berechtigtsten Forderungen ihrer Beamtenschaft zu erfüllen. — Die Besoldung und Behandlung nicht nur der Lehrer sondern auch anderer Beamten der Kultusgemeinden ist nachgerade ein Skandal. Eine gründliche Änderung wird erst die Umwandlung der leistungsschwachen Kultusgemeinden in Volksgemeinden, die alle in Deutschland wohnenden Juden umschließen, bringen. Red.

Literarisches Echo

Martin Buber. Der heilige Weg. Ein Wort an die Juden und an die Völker. Literarische Anstalt (Rütten & Loening), Frankfurt a. Main. 1919. brosch. Mk. 3.—; geb. Mk. 5.—.

Als Buber im Frühsommer 1918 auch in München in einer neuen Rede dem Ruf der Zeit Stimme verlieh, war es den Hörern wie den Ferngehaltenen drängender Wunsch, dem Worte Dauer verliehen zu sehen, und aus der nachdenklichen Beschäftigung mit dem nicht nur flüchtig Aufgenommenen Ausgang einer Wirkung im Sinne des Schaffenden aufkeimen zu lassen. Dieser Hoffnung ist nun Genüge getan. In Buchform, die sich in Aus-

stattung und äußerer Erscheinung ganz den „Drei Reden“ anschließt, ist jetzt diese siebte und letzte Ansprache aus einer Reihe erschienen, die vom Jahre 1909 bis 1918 führt.

Wir sehen klar den Aufstieg, wie zuerst noch die Frage nach dem Wesentlichen eines Judentums gestellt wird, das wir lebend in uns empfinden; wie dann die Bedeutung einer jüdischen Besonderheit im Völkerdasein erwiesen wird; die Erneuerung jüdischen Lebens im Geiste und in der Wahrheit ist die nächste Stufe der Erkenntnis; auf dieser grundlegenden Klärung baut sich bewußter das Ziel auf: die Geistestendenz des Judentums, innerlich fremd und doch in wesentlichen Bestandteilen eingefügt dem Zweckgetriebe Europas, soll in ihrer einzigen Reinheit erkannt und verwirklicht werden. Die Tat, nach der der jüdische Geist ringt, tritt an jeden Einzelnen unter uns heran: die Entscheidung des Wählenden wird zur Forderung gemeinhin. So errichtet Buber ein geistiges Gebäude, das er durch Vertiefung des religiösen Antriebs, dem der uralte Mythos unseres Volkes als elementarer Ausdruck in den Zeiten der Verinnerlichung nie gemangelt hat, im Seelischen verankert.

Gekrönt wird dieser Bau nun durch die als Abschluß gedachte jüngste Rede:, Der heilige Weg. Das werktätige Leben in der Gemeinschaft, wie es im ältesten Schrifttum, durch die Propheten, im Kreise der Essäer, in der urjüdischen Auffassung der ersten Christen als einzige Grundlage der menschlichen Gesellschaft, als Mitarbeit am Aufbau der „Kommenden Welt“ gelehrt, als wahrhafte Versöhnung Gottes mit der irrenden Schehina letztes Ziel kabbalistischen Bemühens und lebendige Verkörperung chassidischen Empfindens wurde, ist der Weg, den auch Buber in formvollendeter Sprache, in eindrucksvollster Gestaltung dem Geschlechte weist, das wieder einmal an eine Wende der Zeiten gestellt ist. Der tiefste Gehalt des Zionismus, die Hoffnung auf Erlösung nicht nur aus der Verstrickung, sondern mehr noch auf den neuen Aufbau, die all-menschliche Zukunftsbedeutung unseres Werkes spricht sich in diesen schöpferischen Gedanken aus. Altes Kulturgut soll erneuert werden; im erneuerten Volke auf seiner erneuerten Urheimat wird es wieder erstehen, wird es — zum ersten Male in der Geschichte — seine Verwirklichung erleben. Wieder ertönt die Stimme eines Rufenden: „In der Wüste bereitet dem Herrn den Weg....“ Bereit sein, heißt: bereiten.

Hat Buber so in einem Sonderfalle, dem Sonderfalle für unser eigenstes, jüdisches Leben, den Weg gewiesen, durch den der Gärstoff unserer Tage seine dauernde wertvolle Wirkung auf das Menschliche in und um uns ausüben kann, ist eines anderen Ausflusses dieser Auffassung nicht weniger zu gedenken. In der von ihm herausgegebenen Schriftenreihe „WORTE AN DIE ZEIT“, Dreiländerverlag, München, Wien, Zürich 1919) beschäftigt er sich im zweiten Heft mit der Frage: Gemeinschaft. Als allgemeine Erscheinung setzt er sich mit der Gegenüberstellung des alles umfassenden, jeden Einzelnen mechanisiernden Staatsbegriffes (der gerade durch die tötende Wirkung des „Sozialismus“ so ungeheuerlich zu werden droht!) und der noch im Willen Weniger, im Triebe Vieler wohnenden Sehnsucht nach der Gemeinschaft auseinander. Der Aufbau durch die lebendige Beziehung des Einzelnen zu einem engeren Kreis (der innerlich gebunden ist durch gemeinsamen Bodenbesitz, gemeinsame Arbeit, gemeinsame Sitte und gemeinsamen Glauben) und der Kreise wieder zu größeren Verbänden wird dargetan. Dieses Werden sieht Buber gewährleistet in der innerlichen, unser Zeitalter in seiner tiefsten Not durchziehenden Unruhe, die er als Geist der Wende, als wahrhaftes Gottwollen erkennt.

Zur Selbstbesinnung ruft uns Buber auf. Wir können, wir müssen antworten durch die Tat.

München. Theo Harburger.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Aus der Kultusgemeinde München. In der Verwaltungsausschußsitzung vom 27. November hielt zunächst Herr Vorstand Nußbaum einen ehrenden Nachruf auf den verstorbenen Gemeindesekretär Herrn Moritz Guggenheim. — Aus dem Einlauf wird bekanntgegeben ein Antrag Kommerzienrat Fränkel auf Anstellung eines juristisch gebildeten Gemeindesekretärs. — Die Verwaltung beschäftigte sich sodann in geheimer Sitzung mit Personalfragen. — Es wurden sodann eine Anzahl Jahrzeits- und Gräberstiftungen, sowie eine Zuwendung zur Ritter-Stiftung genehmigt. — In der Speiseanstalt macht die Erhöhung der Lebensmittelpreise eine Heraufsetzung der Kostpreise nötig. Damit die Anstalt auch weiter ihren Aufgaben der Versorgung Unbemittelter genügen kann, wurde angeregt, Gönner der Anstalt zu Beiträgen und Stiftungen zu veranlassen.

Austritte aus dem Judentum.

In München sind in jüngster Zeit aus dem Judentum ausgetreten: Eugen Mai, Rentner und Ehefrau Julie, geb. Weil, Rheinstr. 18; Max Fried, Diplomingenieur und Ehefrau Lilli, geb. Schwarzschild, nebst Kind, Färbergraben 4; Gustav Eugen Blum, Oberamtsrichter a. D., nebst Sohn stud. phil. Wilh. Blum und 2 jüngeren Kindern, Elisabethstraße 13; Frau Klara Baumann, geb. Lion, Leopoldstraße 133; Fräulein Dorothea Popper, Zentnerstraße 32; Dr. ing. Ernst Jacob Löwenstein, Thierschstraße 3.

Sozialdemokratie gegen Reaktion und Antisemitismus.

Am 26. November veranstaltete die Münchener sozialdemokratische Partei im Münchener Kindlkeller eine Versammlung, die zur Abwehr der Reaktion einberufen war und durch eine überwältigende Besucherzahl wirkte. Der Referent, Herr Landtagsabgeordneter Ackermann, kennzeichnete in trefflichen Ausführungen das Treiben der reaktionären Kreise und fand sowohl in seinem Referat, als auch im Schlußwort scharfe Worte gegen die antisemitische Hetze. Auch von einigen Diskussionsrednern wurde diese scharf gegeißelt, sodaß man in der Versammlung den Eindruck gewinnen konnte, daß in sozialdemokratischen Arbeiterkreisen der Antisemitismus einen schlechten Nährboden findet. Trotzdem konnte man sich des weiteren Eindruckes nicht erwehren, daß sich die Juden im Kampfe gegen den Antisemitismus nicht auf die Tätigkeit einzelner politischer Parteien verlassen dürfen, sondern daß es notwendig ist, diesen Kampf selbst zu führen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Der neugewählte Gesamtausschuß hielt Montag den 1. ds. Ms. eine Versammlung ab, in der das neuaufgestellte Tätigkeitsprogramm besprochen wurde. Der Vorsitzende Herr Jakob Reich wies auf die bisherigen Leistungen hin, zog die jetzige politische Lage der ostjüdischen Gemeinschaft in den Kreis seiner Erörterungen und gab Richtlinien an, um stärkere

Bindungen zum Volke zu erhalten. Abgesehen von der politischen Kleinarbeit, hat die politische Sektion des G.A. eine großzügige Aktion vor, die im Einklang mit den ostjüdischen Interessen steht. Die ostjüdische Gemeinschaft werde sich heute zu den größten materiellen Opfern aufschwingen und die Durchführung der großen Aufgaben durch eine Selbstbesteuerung ermöglichen müssen. Herr Grünbaum entwickelte ein großzügiges Kulturprogramm, das auf die Erhaltung der Jüdischkeit hinzielt. Herr Dr. Taubes sprach über die Aufgaben der vom G.A. gegründeten Streitschlichtungsorganisation, die alle zwischen Ostjuden entstehenden Streitigkeiten einem Schiedsgerichte zur endgültigen Entscheidung überweist, wodurch die staatlichen Behörden entlastet werden. Die Herren Berger, T. Reich, J. Eisen, Sturm und Wiesel beschäftigten sich in der Diskussion mit dem Ausbau des Gesamtausschusses, worauf der Vorsitzende Herr J. Reich die zahlreich besuchte Versammlung mit der Aufforderung zur intensiven Mithilfe Aller schloß.

Der Gesamtausschuß der Ostjuden veranstaltet Montag, den 22. Dezember, abends 7 Uhr, im Richard Wagnersaal des Hotel Bayerischer Hof ein Chanukahfest mit reichhaltigem Programm. Die Vereine werden gebeten, von Veranstaltungen an diesem Tage abzusehen. Näheres siehe Inserat in der nächsten Nummer des Echo.

Bar Kochba München. Unsere vor 4 Wochen neugegründete Junioren-Fußball-Abteilung hatte am Sonntag, den 7. November ihr erstes Freundschaftswettspiel gegen den Turnverein Pasing mit dem Resultat 5:2 für Pasing, am 23. November spielte sie gegen M.T.V. Junioren mit 2:2, am 30. November gegen Wacker mit 1:1. — Wir sind soeben daran, unsere durch den Krieg eingegangene Senioren-Fußballabteilung neu zu gründen. Interessenten hierfür wollen ihre Adresse schriftlich oder mündlich an den Vorstand der Sportabteilung, D. Misch, Falkenturmstr. 5, Telephon 26899, angeben.

Spendenausweis

Münchener Spendenausweis.

Nationalfondsspenden. Jemand dankt Jemandem für Etwas 4.—, Eva grat. ihrem alten Freund Leopold Hönig zur Verlobung 2.—.

Gold. Buch Blau-Weiß Tarnowitz. F. F. F. 20.—.

Gold. Buch Haschachar. Meta Lichtenstein z. Jahrzeittage ihrer Freundin Lene Rosenblüth 9. Kislew 3. —, Gina Jadesohn, Selma Ehrlich und Hanna Behrend grat. Henny Reich und Meta Lichtenstein z. 10. u. 11. Dezember 3.—.

Herzl-Wald. Viktor und Simon Pomeranz wünschen ihrem Bruder z. Vermählung mit Else Grünberger herzl. Masel tof und pflanzen auf deren Namen 1 B. 10.—.

Erich Wolffenstein s. A.-Garten. Ernst Freud verabschiedet sich von allen Bekannten 1 B. 10.—.

Talmud-Thora. David Kornhauser u. Fr. dank. bestens f. d. anl. d. Barmizwah ihres Sohnes erwiesene Aufmerksamkeit 10.—.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Jenidza Thora-Spenden: M. Gellermann 10.—, B. Schapiro 10.—, S. Minikes 10.—; Familie Isidor Scheinmann-München grat. Familie Friedmann-Stuttgart zur Verlobg. ihrer Tochter 5.—; gesammelt d. N. Sturm u. W. Engel bei Brith-Miloh Berger 236.—; Flaschmann-Leipzig 5.—.

Kassiert durch D. Horn: für vermiet. Bethaussitz 20.—, Koresamml. im Verein „Brüderbund" 28.—, E. Botie 10.—, M. Diamand 50.—, Goldner 5.—, Freylich 20.—, M. Schindel 20.—, W. Engel 20.—, April 5.—, A. Strumpf 20.—, Hehlfeld 5.—, Schaller 5.—, Tider 50.—, Singer 50.—, Schumer 10.—, A. Kohn 10.—, Berkowitz 5.—, Heller 5.—, Notowitsch 5.—, Vogelsinger 10.—, O. Laufer 2.—, Lipsker 10.—, Kraus 10.—, Schlang 5.—, Braun 5.—, Schneuer 15.—, Berger 5.—, Blatt 10.—, Sufrin 5.—, J. Engelhardt 18.—, Schaffer 3.—, Weinberger 10.—, Postowski anl. d. Aufnahme seines Sohnes am Polytechnikum 50.—, Blatt anläßlich eines Vergleiches 100.—.

Kassiert durch M. Lieber: Engl 5.—, Neumann 10.—, Tenzer 5.—, Amper 5.—, Lieber 50.—, Kohn 30.—, Kriem 15.—, Schmikler 10.—, Echo 20.—, Brandeis 5.—, M. Schindl 5.—, Plechner 10.—, A. Schindler 5.—, Lichtmann 5.—, Rimmer 10.—, Chulef 5.—, Spielmann 5.—, Lieber 20.—, Epstein 60.—, Chinierer 5.—, Beißbarth 2.—, Mandl 5.—, Eisenberg 5.—, Fett Is. 10.—, Schein 3.—, Stein 5.—, Tirkl 3.—, Sammlung Sturm und Engel 236.—, Sammlung Tannenzapf 60.—, Sammlung Rosenfeld b. Beschneidung Goldfarb 40.—, Dr. El. Strauß in Sachen Notowicsk-Kluger 100.—, Hausmann 5.—, Olschinsky 5.—, Ad. Kohn 10.—, B. Goldfarb 10.—, Katzinels 5.—, Zimler 5.—, Stoff 5.—, Tuchmann 10.—, Hafner 5.—, Versteig. des Benschens bei Verlobung Obernbreit-Hönig 110.—, Vergleich Strumpf-Faktorowicz 50.—. Sammlung Jeremias Schindler-Neuhausen 203.—.

Spenden-Ausweis von Nürnberg-Fürth.

Nationalfonds. Berth. Stern u. Fr. (Erlangen) grat. Hrn. Z.-A. Singer u. Fr. u. Hrn. R.-A. Karpf u. Fr. z. Vermählg., Hrn. Dr. Levin z. Verlobung u. Z.-A. Wolf u. Fr. (Gunzenhausen) z. Geb. des Sohnes, dieselben kondol. Familie Friedmann (Nürnberg) 10.—; Berth. Stern u. Fr. (Erlangen) dank. f. alle Gratulationen anl. i. Vermählg. 20.—;

Berth. Stern (Erlangen) Thoraspende in Bad Tölz u. Erlangen 20.—; Hr. R.-A. Max Stern (Nürnbg.) grat. Hrn. R.-A. Karpf u. Fr. 5.—; derselbe grat. Hrn. Z.-A. Wolf (Gunzenhausen) zur Geburt des Sohnes 2.—.

Hedw. Friedmann-Garten. Fam. Ad. Schuhmann kondoliert Fam. Friedmann, dieselbe gratuliert Dr. Levin zur Verlobung 10.—.

Gold. Buch von Ordenstein. Paul Ordenstein kondol. Fam. Friedmann 5.—; derselbe grat. Dr. Levin zur Verlobung 5.—.

Büchsenleerungen. M. Lewisohn 23.01, Frl. Clärchen Kugler 10.—, Stephan Aaal 5.—, Frl. Lulu Kohn 5.—, Dr. S. Kupfer 5.—, Frl. Meta Gutmann 0.72.

Stuttgarter Spendenausweis.

Nationalfonds-Thora-Spenden. D. Awergon 28.—, Albert Katz 5.—, N. Kellermann 5.—, Wollheim 5.—, Jer. Horn grat. z. Verlobung Friedmann u. Fuchs 2.—.

Osk. Weinschel-Garten. Ges. durch Schlüsselberg bei Verlobung Frl. Außübel und Vortgang 13 B. 130.—.

Selbstbesteuerung. Joseph Preßburger 50.—, L. Aschiel, Rest 50.—.

Geschäfts-Echo

Börsenbericht v. 25. Nov. bis 1. Dez. 1919.

Die vergangene Börsenwoche stand dauernd unter dem Eindruck der Hausse in Auslands- und Kolonialwerten, so daß es auf dem Markt der deutschen Industrie nur in einzelnen Papieren zu einer regeren Kursentwicklung kommen konnte. An der Spitze marschierten diesmal Schantung auf Erwartung einer günstigen Regelung der Entschädigungsfrage bei diesem Unternehmen. Dieselben gingen von ca. 325 auf über 400 und scheint die Aufwärtsbewegung noch nicht zum Stillstand gekommen zu sein. Canada-Pacific gingen schnell auf 1130 Proz., während die anderen amerikanischen Eisenbahnwerte Missouri und Baltimore-Ohio ruhiger lagen. Unter den Kolonialwerten waren South-West, Otavi-Genuß und Otavi-Anteilscheine bevorzugt, doch konnte in den letzten Tagen auch Kaoko eine namhafte Kurssteigerung erzielen. Am deutschen Markt hielten Gelsenkirchener die Spitze, während die übrigen Montanpapiere ruhiger, aber fest verkehrten. Interesse zeigte sich für die Aktien der Pulvergruppe auf die Kapitalserhöhung hin, von denen Rheinisch-Westfälische Sprengstoff und Nobel-Dynamit mehrere Prozent höher verkehrten. Steaua und Deutsch-Übersee waren begehrt. Auch Kaliaktien wurden lebhaft gehandelt, besonders Deutsch-Kali, Westeregeln und Heldburg-Vorzugsaktien. Im freien Verkehr gingen Benz wesentlich höher, auch für Hansa-Lloyd zeigte sich Interesse auf Gerüchte über Ankauf des Unternehmens durch eine unserer bedeutendsten Elektrizitätsgesellschaften. Die festverzinslichen Werte konnten sich unter Schwankungen leicht erholen. Hier wirkten anregend die Meldung von einem Antrag betreffend den Generalpardon, sowie zugesagte Erleichterungen im Hinblick auf den Depotzwang. Bei zunehmender Einsicht des Publikums dürfte auch hier eine langsame Erholung Platz greifen.

Mitgeteilt von Leo Otto Hampp, Bankgeschäft, München, Kaufingerstraße 11/1, im Hause Paulanerbräu.

Bekanntmachung.

Betr. Neuausgabe von Margarinebezugsscheinen.

Ab 1. Dezember ds. Js. werden neue Einzelbezugsscheine (lachsfarbig) und Familienbezugsscheine (grau) herausgegeben, welche bei der Zentralstelle anzufordern sind. Die neuen Bezugsscheine werden kostenlos verabfolgt. Der Beitrag zu den Verwaltungsunkosten ist künftig im Margarinepreis bereits enthalten.

1. Die alten Einzel- und Familienbezugsscheine (rot, bezw. grün) sind ab 1. Dezember nicht mehr zu verwenden. Die hiefür gezahlten Beträge werden von der Zentralstelle bei Rücksendung der Bezugsscheine zurückgezahlt.
2. Die blauen Sammelbezugsscheine für Jsrael. Gemeinden behalten einstweilen ihre Gültigkeit, jedoch ist künftig bei deren Einsendung an die Hauptverkaufsstellen eine Gebühr nicht mitzusenden. Der Satz: „Anbei *M*......... Gebühren" ist zu durchstreichen.
3. Die bisherigen rosa Sammelbezugsscheine für gemeinnützige Anstalten und gewerbliche Betriebe werden außer Kraft gesetzt. Die neuen (roten) Sammelbezugsscheine, für welche gleichfalls das unter 2 Gesagte gilt, sind kostenlos bei der Zentralstelle erhältlich.

Berlin W 8, 24. November 1919.
Friedrichstraße 167/168.

Zentralstelle für rituelle Lebensmittel
G. m. b. H.
gez. Blank. gez. Freirich.



Verantwortlich für die Redaktion: Karl Glaser, Nürnberg; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.